



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

05.11.02

Haushalt/Haushaltskonsolidierung

Presseerklärung

Bei den anstehenden Haushaltsberatungen werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich der Diskussion über die Möglichkeiten einer Konsolidierung der städtischen Finanzen nicht entziehen. Eine Zustimmung zum Haushalt bedarf aber zum einen einer deutlichen Nachbesserung des kaum aussagefähigen Haushaltskonsolidierungskonzeptes, zum anderen auch der Verankerung von Projekten, die unsere Fraktion als unabdingbar für zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung sehen.

1. Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes:

Oberbürgermeister Langemeyer hat deutlich gemacht, dass er sich einen genehmigungsfähigen Haushalt durchaus vorstellen kann. Zum einen rechnet er mit ca. 60 Millionen Euro pro Jahr aus der Umsetzung der Eichel-Kommissionsvorschläge zur Gemeindefinanzreform.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen davon aus, dass in den nächsten Wochen bundespolitische Entscheidungen getroffen werden, die zu einer baldigen Entlastung der Kommunen führen. Unsere Fraktion begrüßt die damit verbundene teilweise Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Die Verwaltungsspitze erwartet darüber hinaus eine nicht unerhebliche Ausgabenerleichterung aus der Umsetzung der sogenannten Hartz-Pläne, die zu einem Teil für den Ausbau der Kindertagesbetreuung verausgabt werden müssen. Für diese Aufgabe stellt der Bund auch zusätzlich Mittel zur Verfügung. Für Dortmund stehen drei Jahre lang jeweils 4,5 Mio Euro zur Verfügung.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Wann und in welchem Umfang die erwarteten Entlastungen aus den Vorschlägen der Hartz-Kommission greifen, ist noch ungewiss. Grundsätzlich ist zwar zu begrüßen, dass die Finanzierung von Qualifizierung und Beschäftigungsförderung nicht mehr aus kommunalen Mitteln erfolgen soll – andere Vorschläge zur Entlastung des Arbeitsmarktes sind kritisch zu bewerten. In jedem Fall bedarf es einer gründlichen Überprüfung der Auswirkungen für Dortmund und einer Analyse der tatsächlichen Entlastungspotentiale. Diese lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht konkretisieren.

Von daher ist fraglich, inwieweit die Haushaltseckdaten ausreichen, um einer Genehmigungsfähigkeit zu erreichen.

2. Doppelhaushalt:

Nach wie vor vertreten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Position, dass der Doppelhaushalt gerade in der angespannten Haushaltslage und unter der Prämisse sich ständig ändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen kein geeignetes Instrument ist, um die notwendigen Steuerungsleistungen wahrzunehmen. Von daher werden wir darauf dringen, dass es zur Verabschiedung eines Haushaltsplanes 2003 kommt. Dies hätte auch den Vorteil einer realistischeren Einschätzung des Mittelflusses aus veränderten bundespolitischen Rahmenbedingungen.

3. Haushaltssicherungskonzept:

Das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept ist in weiten Teilen unter der Rubrik „Haushaltslyrik“ zu verbuchen. In wesentlichen Bereichen, die auch in diesem Jahr schon zur Haushaltskonsolidierung beitragen sollten, fehlen entsprechende Erfolgsmeldungen, was die Verwaltung nicht daran hindert, für die nächsten Haushaltsjahre von den versprochenen Effekten auszugehen. Was fehlt, sind Analysen des Misserfolges z.B. im Bereich des Immobilienmanagements und der erwarteten Haushaltsverantwortung der Beteiligungsgesellschaften. Die Annahmen für das dortmund-project sind nach wie vor zu optimistisch und sollten auf ein realistisches Niveau gebracht werden. Insgesamt muss das Haushaltssicherungskonzept unterfüttert und solide gemacht werden. Darauf werden wir in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses drängen.

4. Produktpläne und neues kommunales Finanzmanagement:

Die Chancen des neuen kommunalen Finanzmanagements sollten aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN genutzt werden, um den politischen Entscheidungsprozess über Prioritäten der Aufgabenwahrnehmung zu fördern. Budgetsolidarität



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

macht nur solange Sinn, wie es allgemeine und von allen Fachbereichen zu realisierende Einsparpotenziale gibt.

Zum jetzigen Zeitpunkt muss verhindert werden, dass es zu einer Aushöhlung von wesentlichen kommunalen Aufgabenbereichen kommt. Das erfordert die Formulierung von politischen Zielsetzungen und entsprechende Gewichtung der wahrzunehmenden Aufgaben. Gleichzeitig sind entsprechende Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung erforderlich, um eine möglichst effektive Wahrnehmung dieser Aufgaben zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden wir unsere Vorschläge zur Verschlankung der Verwaltung erneuern. Davon darf die Verwaltungsspitze nicht ausgenommen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden von daher beantragen, dass – sofern die Voraussetzungen der Gemeindeordnung erfüllt sind – das Dezernat von Frau Greive nicht neu besetzt wird.

5. GRÜNE Zielsetzungen:

Die politische Prioritätensetzung muss unseres Erachtens darauf ausgerichtet sein, die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht zu gewährleisten. Die sich abzeichnende grosse Unterstützung des Bürgerbegehrens für den Erhalt von Hortplätzen und kleine Grundschulen verdeutlicht die zentrale Bedeutung eines ausreichenden Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche, dem in verschiedener Hinsicht Rechnung getragen werden muss. Dieses Anliegen werden wir konsequent unterstützen. Darüber hinaus werden wir darauf drängen, dass die Nachhaltigkeitsdebatte auch in ökologischer Hinsicht (Radverkehr, Wohnbauflächenausweisung, F-Plan) ernst genommen wird und eine Entsprechung im Haushaltsplan findet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden alle weiteren Vorschläge, die aus der Verwaltung heraus erfolgen, sorgfältig in Bezug auf ihre soziale und ökologische Verträglichkeit prüfen. Darüber hinaus werden wir eigene effizienzsteigernde Massnahmen, wie z.B: ein Cash-Management für Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften einfordern.

In der aktuellen Diskussion muss es auch darum gehen, gedeckelte Zuschüsse wie z.B. an die Kultur- und Projekte GmbH nicht zu überschreiten, sondern gegebenenfalls zu reduzieren. Vor dem Hintergrund der öffentlich thematisierten Defizite des Konzerthauses ist es dringend erforderlich, schnell zu reagieren und gegebenenfalls umzusteuern. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kultur- und Projekte GmbH weigert sich beharrlich, den Aufsichtsrat über die aktuelle Situation zu informieren. Ganz abgesehen davon, dass er verpflichtet wäre, den Aufsichtsrat einzuberufen, wenn dies von einem Mitglied des Aufsichtsrates verlangt wird, ist er offensichtlich ungeeignet, die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden adäquat auszufüllen. Unsere Fraktion wird



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Oberbürgermeister Langemeyer über die Versäumnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden in Kenntnis setzen und eine Diskussion auch personeller Konsequenzen verlangen.